



#ländersache

ZUR WAHL IN NORDRHEIN-WESTFALEN

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2747-9617 · Redaktionsschluss: März 2022

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

#LÄNDERSACHE ANALYSE, DOKUMENTATION UND DISKUSSION DER POLITIK IN DEN LÄNDERN

Landespolitische Themen, Strukturen und Prozesse stehen im Fokus der Analysenreihe #Ländersache. Landtagswahlen sind immer auch Kristallisationspunkte politischer Debatten, Entwicklungen und Entscheidungen. Deswegen blicken wir im Vorfeld dieser Wahlen auf Herausforderungen und politische Chancen auf Landesebene. Wir bieten einen komprimierten und fundierten Überblick über die politische Lage vor Ort, die relevanten politischen Kräfte und Akteure innerhalb und außerhalb der Parlamente, die jüngere politische Geschichte der Region, wichtige Themen und zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen. #Ländersache heißt daher: praxisnahe politische Bildung entlang politischer Prozesse, Strukturen und Themen in Institutionen und in der Gesellschaft.

Wir erkunden Veränderungs- und Gestaltungspotenzial sowie Chancen progressiver Mehrheiten – in den Parlamenten, Institutionen und in der Gesellschaft. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich Debatten, Auseinandersetzungen und Herausforderungen auf Landesebene und zu Wahlkämpfen erheblich. Auch werden Landtagswahlen häufig unterschiedliche Bedeutungen zugewiesen, der Einfluss bundespolitischer Trends und Debatten variiert daher sehr.

Die Landtagswahl im einwohnerstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen am 15. Mai 2022 steht im Zeichen der (hoffentlich endenden) Corona-Pandemie und des Regierungswechsels auf Bundesebene 2021. Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wird in der Regel eine besondere bundespolitische Bedeutung zugesprochen, in der Vergangenheit wurden sie gern als «kleine Bundestagswahlen» bezeichnet. Auch wenn sie das aus verschiedenen Gründen nicht sind, Signalwirkung für die Bundespolitik wird die Wahl ganz sicher haben. Und sie wird, weit mehr noch als bisherige Landtagwahlen in Nordrhein-Westfalen, von bundespolitischen Fragestellungen und Trends bestimmt sein. Vielleicht nicht nur im Wahlkampf und bezogen auf das Ergebnis der Wahl, sondern insbesondere hinsichtlich der anschließenden Regierungsbildung in Düsseldorf.

Der Versuch, in dieser #Ländersache auch der politischen Lage in Nordrhein-Westfalen gerecht zu werden, muss also dazu führen, diejenigen bundespolitischen Trends und Entwicklungen in den Blick zu nehmen, die manche landespolitische Frage überlagert haben oder noch überlagern werden. Für politische Beobachter*innen ist die Wahl in Nordrhein-Westfalen zweifellos die bedeutsamste Wahl in Deutschland im Jahr 2022.

ANDREAS THOMSEN

LANDTAGSWAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

POLITISCHES FAZIT

Dem amtierenden Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) ist es in kurzer Zeit gelungen, seine Bekanntheits- und Zustimmungswerte nennenswert zu steigern und so einen gewichtigen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu erlangen. Angesichts der großen Bedeutung, die dem Amtsträger-Bonus bei vorangegangenen Wahlen zukam, kann dieser Umstand den Ausschlag für das Wahlergebnis geben.

Eine große Unsicherheit besteht drei Monate vor der Wahl bezüglich der wahlentscheidenden Themen. Würde die Wahl im Februar/März stattfinden, wäre der Umgang mit der Corona-Pandemie und wären die Eindämmungsmaßnahmen, vielleicht auch die diskutierte Impfpflicht eindeutig die wahlentscheidenden Themen. Welche Rolle diese Themen im Mai spielen werden und wie sich dies auf das Ergebnis auswirken wird, ist sehr schwer abzusehen.

Die Demoskopie zeigt zum jetzigen Zeitpunkt ein enges Rennen zwischen CDU und SPD um die stärkste Fraktion, bei dem die CDU die Nase vorne haben könnte. Doch auch in diesem Fall wäre die Bildung einer Koalition unter Auslassung der CDU wahrscheinlich. Selbst eine rot-grüne Mehrheit ist nicht ausgeschlossen. Falls jedoch eine solche Mehrheit nicht erreichbar ist, bleibt die Option einer Ampelkoalition. Dass CDU und FDP ihre Mehrheit verteidigen können, ist unwahrscheinlich.

Für die Partei DIE LINKE steht ein schwieriger Wahlgang bevor, Kernthemen der LINKEN stehen nicht im Vordergrund des Wahlkampfes und der Wahlentscheidung. Der Bundestrend ist relativ kurz nach der Bundestagswahl ungünstig. Bei besserer Ausschöpfung des Potenzials der LINKEN im Lande ist ein Landtageinzug aber auch nicht ausgeschlossen.

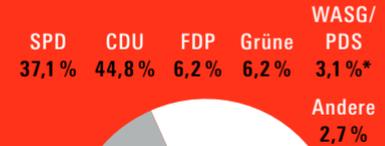
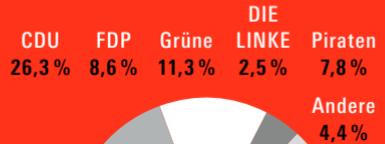
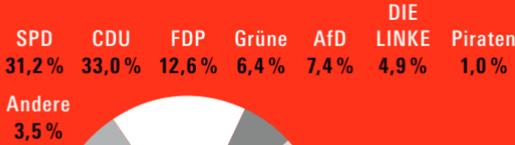
POLITISCHE AUSGANGSLAGE

Als «Herzkammer der Sozialdemokratie» wird das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) in den Medien häufig bezeichnet. Das Bild der sozialdemokratischen Herzkammer geht auf Herbert Wehner (SPD) zurück, der dies allerdings auf die Stadt Dortmund bezogen hatte. Die nachträglich vorgenommene Übertragung auf ganz NRW trifft tatsächlich nur teilweise zu. Bis in die 1960er-Jahre hinein war die Union die stärkste Kraft im Land und führte in den zwei Jahrzehnten von 1946 bis 1966 mit Ausnahme zweier Jahre auch die Landesregierungen an. Dem folgten beinahe 20 Jahre, in denen die beiden großen Volksparteien in den Wahlergebnissen stets knapp beieinanderlagen, in denen die SPD jedoch zunächst mit Ministerpräsident Heinz Kühn und ab 1978 mit Johannes Rau die jeweiligen Landesregierungen anführte. Erst mit Johannes Raus drittem Wahlsieg 1985 gelang es der SPD, einen deutlichen Vorsprung vor der CDU zu erzielen und diese in der Folge, bei allerdings stetig schlechter werdenden Wahlergebnissen, bis 2005 auf Distanz zu halten. Im Jahr 2005, dem wichtigsten Jahr der Massenproteste gegen die Agenda-2010-Politik der damaligen rot-grünen Bundesregierung, verlor Ministerpräsident Peer Steinbrück das Land schließlich wieder an die CDU und Jürgen Rüttgers. Seit 2005 führen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen beinahe immer zu wechselnden Mehrheiten. 2010 folgte eine SPD-geführte Regierung unter Hannelore Kraft und 2017 wechselte die führende Rolle wiederum an die CDU und an Armin Laschet, der im Zuge seiner Kanzlerkandidatur 2021 das Amt des Ministerpräsidenten an Hendrik Wüst übergab.

Auch in Nordrhein-Westfalen sind Alleinregierungen eher ungewöhnlich. Bis auf die Kabinette Meyers I (CDU, 1958–1962) und Rau II bis IV (SPD, 1980–1995) wurde zur Regierungsbildung stets mindestens ein weiterer Partner benötigt. Dies war meistens die FDP, die als Juniorpartner in den 1960er- und 1970er-Jahren alle Landesregierungen unterstützte und die sich in dieser Rolle seit 1995 mit den Grünen abwechselt. Dabei brachte es die FDP auf immerhin fast 30 Jahre Regierungszeit – mehr, als die CDU in Nordrhein-Westfalen erreicht hat.

Bei der letzten Landtagswahl am 14. Mai 2017 gelang es der CDU, mit 33 Prozent knapp stärkste Kraft vor der SPD mit 31,2 Prozent zu werden. Gemeinsam mit der deutlich gestärkten FDP, die 12,6 Prozent erreichte, wurde eine schwarz-gelbe Regierung unter Ministerpräsident Armin La-

LANDTAGSWAHLERGEBNISSE SEIT 1990



*2005: WASG: 2,2%, PDS: 0,9%

Quelle: Landtag NRW:
Wahlergebnisse im Rückblick

schet gebildet. Die Grünen erzielten mit 6,4 Prozent ein sehr schwaches Ergebnis und die LINKE verfehlte den Landtagseinzug mit 4,9 Prozent nur sehr knapp. Viertstärkste Partei im Landtag von NRW wurde 2017 die AfD mit 7,4 Prozent.

Bei der Bundestagswahl 2021 blieben in NRW sowohl SPD (29,1 Prozent) als auch CDU (26 Prozent) unter der 30-Prozent-Marke, die SPD lag hier aber klar vor der CDU. Die Grünen schnitten mit 16 Prozent sehr stark ab, die LINKE etwas schwächer als bei der Landtagswahl 2017 (3,7 Prozent), während FDP (11,4 Prozent) und AfD (7,3 Prozent) ähnliche Ergebnisse wie bei den Landtagswahlen erzielten.

Den Umfragen von Januar und Februar 2022 zufolge wird es bei der anstehenden Landtagswahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU auf einem Niveau von jeweils knapp unter 30 Prozent geben, sehr deutliche Zugewinne für die Grünen, die über 15 Prozent und mehr erreichen könnten, stabile Ergebnisse für FDP und AfD und leichte Verluste für die LINKE. Weil es bisher allerdings nur wenige Umfragen sind, markieren die dort prognostizierten Trends nicht mehr als die Ausgangslage vor dem «heißen Wahlkampf», der nicht allzu lange nach der Bildung der neuen Bundesregierung begonnen hat und nach wie vor unter Corona-Ausnahmebedingungen und auch sonst in politisch recht bewegten Zeiten stattfindet. Gegenüber den Umfragen und Prognosen von Ende 2021 und Anfang 2022 sind bei der Landtagswahl durchaus Überraschungen möglich.

SPITZENKANDIDAT*INNEN

Die bislang regierende CDU geht mit ihrem Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Hendrik Wüst an der Spitze ins Rennen. Wüst ist ehemaliger Generalsekretär seines Landesverbands und gehört dem Landtag seit 2005 an. Zuletzt war er von 2017 bis 2021 Verkehrsminister in NRW. Von seinem Posten als Generalsekretär war er 2010 nach der sogenannten Rent-a-Rüttgers-Affäre (der damalige CDU-Ministerpräsident Rüttgers hatte Treffen und Fototermine gegen Bezahlung angeboten) zurückgetreten. Wüst hatte für diese Vorgänge die politische Verantwortung übernommen.

Als Herausforderer schickt die SPD Thomas Kutschaty in den Ring. 2010 bis 2017 war Kutschaty Justizminister des Landes. Auch er ist seit 2005

Mitglied des Landtags, seit 2018 Fraktionschef im Landtag und seit März 2021 Landesvorsitzender der SPD in NRW. Joachim Stamp, der Spitzenkandidat der FDP, hat ebenfalls Regierungserfahrung. Er ist seit 2017 stellvertretender Ministerpräsident und zugleich Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Mona Neubaur, Spitzenkandidatin der Grünen, ist seit sieben Jahren auch Landesvorsitzende ihrer Partei. Die AfD hat ihren Fraktionsvorsitzenden Markus Wagner als Spitzenkandidaten aufgestellt. Die Liste der LINKEN wird von der Kölner Soziologin Carolin Butterwegge angeführt. Sie saß schon von 2010 bis 2012 für die LINKE im Landtag.

Vergangene Landtagswahlen haben gezeigt, dass der Einfluss der Spitzenkandidat*innen auf die Wahlergebnisse zugenommen hat. In allen ostdeutschen Bundesländern, aber auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg konnte sich die Partei, die die jeweils amtierenden Ministerpräsident*innen stellte, – teils deutlich – behaupten. Häufig und gerade in ostdeutschen Ländern mit sehr starken AfD-Ergebnissen stand dies auch in Zusammenhang mit der verbreiteten Einschätzung, der AfD dürfte nicht der Platz der stärksten Partei zufallen. Die Ausgangsbedingungen für die anstehende NRW-Landtagswahl sind allerdings deutlich anders. Die AfD ist hier eine zwar parlamentarisch vertretene, aber kleine Partei, und der amtierende Ministerpräsident Hendrik Wüst bekleidet sein Amt erst seit Oktober vergangenen Jahres. Vielleicht ist dieser Zeitraum zu kurz, um einen Bonus als Amtsinhaber zu erhalten. Allerdings – das muss hinzugefügt werden – übernahm Wüst sein Amt während der Corona-Krise, in einer Zeit also, in der deutlich mehr Aufmerksamkeit auf dem Handeln von Landesregierungen und Ministerpräsident*innen liegt. Zudem übernahm Wüst gleich zu Beginn seiner Amtszeit den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz. Unter normalen Umständen spielt dies keine große Rolle, während der Pandemie aber durchaus, denn angesichts steter Aus- und Verhandlungsprozesse zwischen Bund und Ländern kann dieses Amt dazu beitragen, Bekanntheits- und auch Zustimmungswerte rasch zu steigern.

Die demoskopische Einschätzung der Zustimmungs- und Bekanntheitswerte der Spitzenkandidat*innen von Januar 2022 scheint dies zu bestätigen (Infratest Dimap, Ländertrend NRW von Januar 2022). Demnach hat Wüst seit Übernahme des CDU-Landesvorsitzes und des Ministerpräsidentenamts deutlich an Bekanntheit und auch an Zustimmung gewonnen. 43 Prozent der Befragten geben an, mit seiner Arbeit zufrieden zu

sein. Bei seinem Kontrahenten Thomas Kutschaty von der SPD sind es nur 21 Prozent. Während Wüst allerdings von 32 Prozent auch kritisiert wird, sind dies bei Kutschaty nur 25 Prozent. Bei den Präferenzen für eine Direktwahl wird der Abstand ganz deutlich: Hier sprechen sich 43 Prozent der Befragten für Wüst und nur 21 Prozent für Kutschaty aus. Falls es Wüst also in der kurzen Zeit seit seiner Amtsübernahme gelungen sein sollte, den Bonus des Amtsinhabers für sich zu nutzen, das heißt, seine Bekanntheits- und Zustimmungswerte entsprechend steigern konnte, dann könnte dies auch den Ausschlag im prognostizierten Kopf-an-Kopf-Rennen geben.

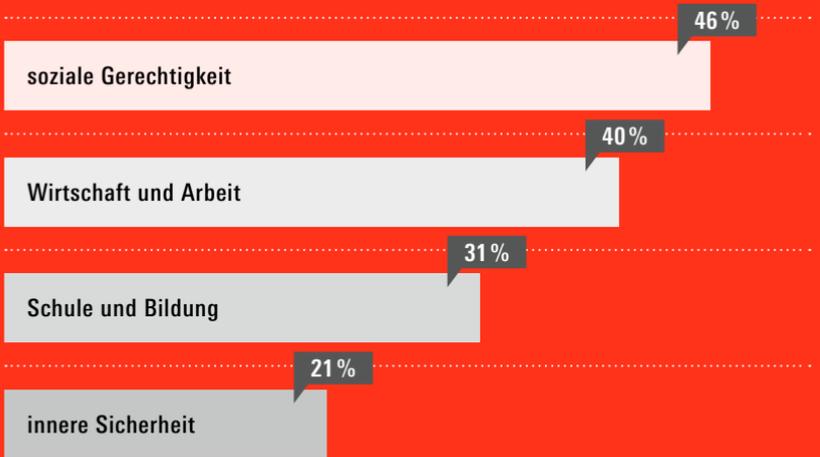
THEMEN

Für die Landtagswahl 2017 waren vor allem vier Themen wahlentscheidend: soziale Gerechtigkeit (46 Prozent), Wirtschaft und Arbeit (40 Prozent), Schule und Bildung (31 Prozent) und innere Sicherheit (21 Prozent). Im Vorfeld der Landtagswahl 2022 stellt sich dies sehr anders dar. Die vier führenden politischen Problemfelder sind nun: Corona-Krise/Pandemie (35 Prozent), Schule und Bildung (22 Prozent), Mobilität/Verkehr (20 Prozent) und Umweltschutz/Klimawandel (17 Prozent). Das Themenfeld soziale Gerechtigkeit, das 2017 noch an der Spitze der wahlentscheidenden Themen stand, ist derzeit mit acht Prozent auf den sechsten Platz zurückgefallen. Wohnen und Mieten liegt mit sieben Prozent auf Rang acht.

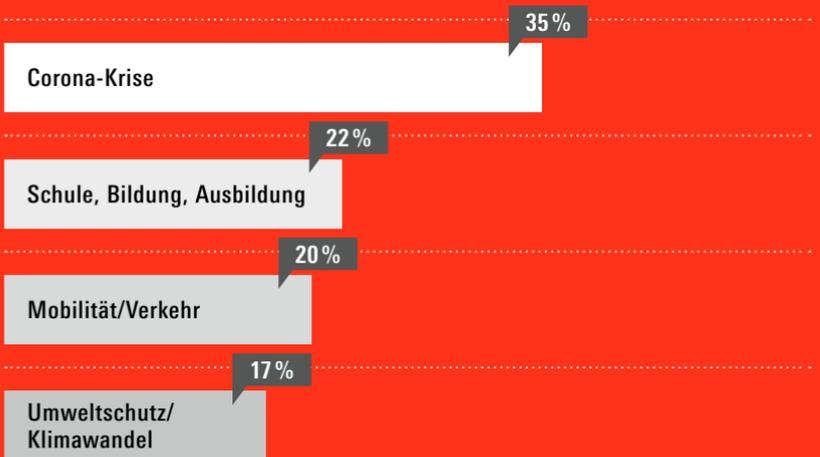
Beachtlich ist, dass *Schul- und Bildungspolitik* eine echte Konstante bei den bedeutsamen Themen in der nordrhein-westfälischen Landespolitik darstellt. Schon im Zuge des Landtagswahlkampfes 2010 galt dieses Politikfeld als das wahlentscheidende. Zudem erweist sich die Schulpolitik als gutes und durchaus plakatives Themenfeld für progressive Parteien und Kandidaturen jeder Couleur. Das Festhalten der CDU am traditionellen dreigliedrigen Schulsystem und prinzipiell auch halbtätigen Schultag kann durch eine Reihe von Reformvorschlägen unterschiedlicher Radikalität – unterstützt durch internationale und innerdeutsche Erfahrungen sowie durch wissenschaftliche Erkenntnisse – angegriffen und infrage gestellt werden. Ganztägige Gemeinschaftsschulen gehören dabei nur zu den griffigsten und größten Konzepten. Die LINKE positioniert sich 2022 zudem noch mit dem Vorschlag einer «Schule ohne Noten», die FDP betont insbesondere die nötige Digitalisierung der Schulen, aber auch sie will zum Beispiel Ganztagschulen stärken, hat in ihrer Kampagne aller-

WAHLENTSCHEIDENDE THEMEN

2017



2022



dings das Handicap, mit Yvonne Gebauer in der vergangenen Legislaturperiode die zuständige Ministerin gestellt zu haben.

Auf den Plätzen drei und vier der wahlentscheidenden landespolitischen Themen rangieren *Mobilität/Verkehr* und *Umweltschutz/Klimawandel*, die eng miteinander verknüpft sind. Das Themenfeld Mobilität/Verkehr ist jedoch nicht neu in der Liste der Topthemen für Landtagswahlen in NRW. Schon zur Landtagswahl 2017 tauchte dieses Thema auf den vorderen Rängen auf, dort allerdings noch als «Verkehr und Staus». Die Auseinandersetzungen bewegen sich dabei zum Teil entlang hoch polarisierter und symbolisch aufgeladener Fragen. Bei der Energiewende in NRW geht es vor allem um die Zukunft des Braunkohletagebaus bzw. um den Ausstieg daraus. So sind etwa die Kämpfe um den Hambacher Forst noch in lebhafter Erinnerung. Immer wieder, nicht zuletzt auch in NRW, wirft die Energiewende die Frage nach den Arbeitsplätzen in energieintensiven Industriezweigen auf und die kombinierte Fragestellung Mobilität und Verkehr rückt die Pendler*innen, die Spritpreise und den Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur in den Fokus der Debatten. In diesem Feld erhalten auch grundsätzliche wirtschaftspolitische Positionierungen der Parteien auf Landesebene eine besondere Bedeutung. Die Frage der Verkehrs- und Mobilitätswende ist nicht nur in den Städten, sondern insbesondere auch im ländlichen Raum eine Frage öffentlicher Investitionen. Dass die SPD nunmehr auf verstärkte öffentliche Investitionen setzt, stellt eine deutliche Abkehr von der Landespolitik dar, die bereits in der Zeit von Johannes Rau eingeleitet worden war und verstärkt unter den Ministerpräsidenten Clement und Steinbrück weitergeführt wurde. Hier galt besondere Zurückhaltung in der Frage staatlicher, öffentlicher Investitionen. Die folgenden CDU-geführten Regierungen, aber auch die Regierungen unter Hannelore Kraft übten Zurückhaltung. Sparzwänge und eine Politik der «Haushaltskonsolidierung» hatten stets Vorrang. Das Ergebnis ist eine weitgehend marode Infrastruktur, ob Straßen, Schiene oder in manch anderem Bereich. Zuletzt war es die amtierende Landesregierung, die durch einige Förderungs- und Investitionsprogramme den Ausbau und die Sanierung des Schienennetzes und der Bahninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen auf die Tagesordnung setzte. Wenn die SPD nach einer möglichen Regierungsübernahme ihre entsprechenden Pläne umsetzen möchte, dürfte sie zuverlässige Verbündete bei den Grünen und – falls sie im Landtag vertreten wäre – auch der LINKEN finden.

Fragen der *inneren Sicherheit*, Fragen also, die die AfD, aber auch die CDU in ihren Wahlkämpfen bevorzugt in den Vordergrund stellen, spielen in der Reihe der wahlentscheidenden Themen bislang keine hervorgehobene Rolle. In der Vergangenheit war die sogenannte innere Sicherheit stets willkommenes Vehikel für Parteien der Rechten oder der rechten Mitte, um ihr Stammwählerklientel zu mobilisieren und gegenüber dem progressiven Lager zu polarisieren. Trotzdem wird diese schwache Ausgangslage im Jahr 2022 für die AfD keine besondere Rolle spielen, dazu ist die Thematik für sie zu sehr Markenkern. Die CDU, die im Vorfeld des Wahlkampfes signalisierte, insbesondere das Thema «Clan-Kriminalität» aufgreifen zu wollen, hat durchaus reagiert und die Thematik in ihrem Wahlkampf deutlich zurückgestellt.

WAHLKAMPAGNEN UND -PROGRAMME

Die CDU verweist vor allem auf die aus ihrer Sicht erfolgreiche Politik der bisherigen schwarz-gelben Koalition. Dabei stellt sie die Themenfelder innere Sicherheit und Justiz, Wirtschaft, Innovation und Digitalisierung sowie Verkehr/Infrastruktur in den Vordergrund. Interessant ist, dass diese Politik und damit auch die Bewerbung für ein neuerliches Regierungsmandat in NRW in der öffentlichen Kommunikation als Ergebnis der Arbeit einer «Nordrhein-Westfalen-Koalition» dargestellt wird, die Kandidatur des koalierenden Juniorpartners FDP also direkt mitbeworben wird und somit eine klare Koalitionspräferenz seitens der CDU ausgesprochen wird – eine Präferenz, die der Juniorpartner in dieser Intensität vielleicht gar nicht so sehr teilt.

Die SPD schlägt zur Landtagswahl und für eine neue Landesregierung einen «Solidarpakt Zukunft» vor, der sich vor allem auf vier Felder bezieht: bessere Bildung für alle (von der Kita bis zur Uni), «deutlich mutigere Investitionen» zur Stärkung der Wirtschaftskraft von NRW, Stärkung der Gesundheitsversorgung und Krankenpflege und eine bessere Finanzierung der Kommunen, die den Großteil der kommenden Aufgaben werden schultern müssen.

Auch die FDP stellt Bildungsthemen in ihrer Wahlprogrammatik in den Vordergrund. Dabei geht es vor allem um eine bessere Bereitstellung von Kitaplätzen, um Digitalisierung im Bildungswesen, Ausgleich sozialer Nachteile in der Bildungslaufbahn durch «Talentschulen» und «Ta-

lentscouts», praxisnähere Lehrpläne (etwa durch das Fach Wirtschaft an Schulen) und gleichberechtigte Anerkennung jeder Ausbildung und Schulform (etwa Aufwertung von Handwerksausbildungen im dualen System).

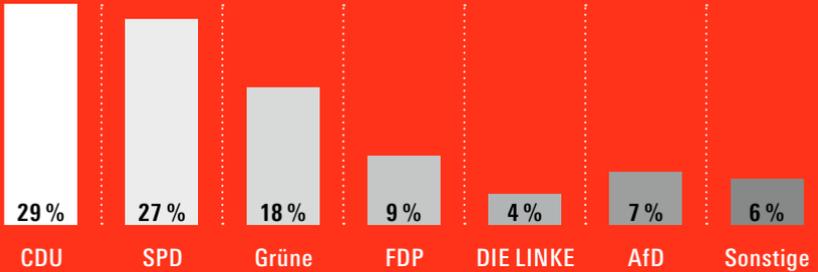
Wenig überraschend legen Bündnis 90/Die Grünen einen Schwerpunkt auf das Themenfeld Klima und Energie, verknüpft mit Positionen und Forderungen im Bereich der Mobilitätswende. Daneben spielt auch Bildungspolitik eine zentrale Rolle. Auch die Grünen versprechen quantitative und qualitative Verbesserungen der Kita-Angebote und stellen eine stärkere Digitalisierung, mehr Investitionen sowie eine bessere Personalausstattung in den Schulen in Aussicht. Ganztagschulen sollen ausgebaut und soziale Ungleichheit soll durch die gezielte Förderung bestimmter Schulen bekämpft werden. Zudem betonen auch die Grünen in ihrem Programm das Ziel einer Aufwertung und bestenfalls Gleichstellung von handwerklichen Ausbildungen im dualen System. Das grüne Wahlprogramm hebt außerdem einige soziale Positionen, auch im Themenfeld Wohnen und Mieten, hervor und enthält einen umfangreichen Part zum Thema Demokratie, Bürgerrechte und Inklusion.

Die Partei DIE LINKE stellt in ihrem Wahlprogramm soziale Themen und Forderungen in den Vordergrund, in diesem Zusammenhang auch das Thema Wohnen und Mieten. Der sozialökologische Umbau der Wirtschaft und weitere Maßnahmen und Handlungsfelder zur Stärkung des Klimaschutzes stehen an zweiter Stelle. Auch Bildungspolitik spielt in der Programmatik eine wichtige Rolle, gebührenfreie und besser ausgestattete Kitas, Schulreformen, Verbesserung der dualen Ausbildung und der Lernbedingungen an Hochschulen. Zur Landtagswahl 2022 konnte der Landesverband einen kleinen politischen Coup präsentieren, der angesichts der Einschätzung zu wahlentscheidenden Themen hilfreich sein kann: Es wurde mit der «Klimaliste NRW» eine Kooperation vereinbart, die Klimaliste tritt nun nicht selbst zur Landtagswahl an, stattdessen wurde auf Listenplatz 5 der linken Landesliste Nicolin Gabrysch von der Klimaliste aufgestellt.

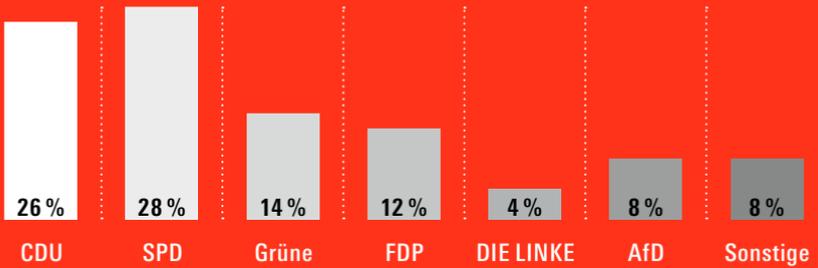
Der AfD-Landesverband gilt zu Unrecht als eher gemäßigt. Er ist sehr heterogen und bietet auch radikalen Kräften ausreichend Raum, auch wenn im derzeit amtierenden Landesvorstand überwiegend sogenannte Moderate sitzen. Ganz grundsätzlich bleibt abzuwarten, wie sich Jörg Meuthens Rückzug von der Parteispitze und sein Austritt aus der AfD

LETZTE UMFRAGEWERTE

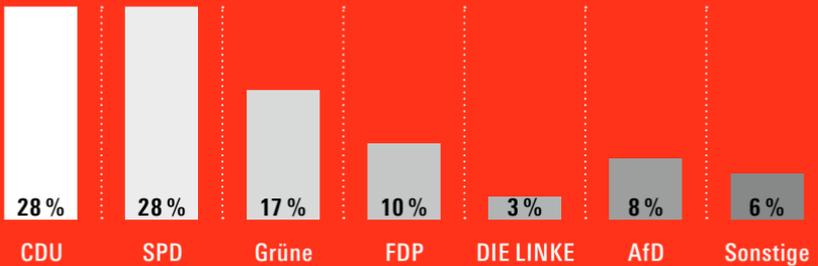
Februar 2022 (Forsa)



Februar 2022 (INSA)



Januar 2022 (Infratest dimap)



auswirken werden. Eine Stärkung «moderater» Kräfte ist jedoch nicht zu erwarten. Die Vorgänge um den Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich, der sich selbst als das «freundliche Gesicht des Nationalsozialismus» charakterisiert hatte, zeigen, wie viel Rückhalt auch sehr radikale Positionen im Landesverband genießen. Helferich musste die AfD-Bundestagsfraktion verlassen, blieb jedoch zunächst stellvertretender Landessprecher der AfD NRW. Im Februar 2022 wurde bekannt, dass ein Schiedsverfahren gegen ihn eingeleitet worden war, dessen Ziel ein Ämterverbot, jedoch kein Parteiausschluss sein soll. Etwa zur selben Zeit wurde Helferich in die Landesschiedskommission der AfD NRW gewählt. Das Landtagswahlprogramm spricht sich für eine Verschärfung der Abschiebungspolitik aus, wendet sich gegen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise, will am mehrgliedrigen Schulsystem festhalten und fordert die Einführung von Schuluniformen.

CORONA UND KANZLERKANDIDATUR

Eine Besonderheit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist offensichtlich, dass der amtierende Ministerpräsident Wüst erst sehr kurz im Amt ist. Sein Amtsvorgänger ist der glück- und erfolglose CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet. Die Covid-19-Pandemie beeinflusste in den vergangenen Monaten das gesamte politische Geschehen in Deutschland. So war auch die Auseinandersetzung um die CDU-Kanzlerkandidatur – insbesondere zwischen Markus Söder und Armin Laschet – von der Frage des Umgangs mit der Pandemie geprägt. Die starke Rolle, die in diesen Fragen den Ministerpräsident*innen der Länder zukam, erwies sich gegenüber Konkurrenten wie Friedrich Merz oder Norbert Röttgen zunächst als Vorteil für Erstere. Vor allem zu Beginn der Pandemie nahm Söder eine eher restriktive Haltung ein, während Laschet zögerlicher wirkte, harte Kontaktbeschränkungen zu befürworten oder gar zu erlassen. Laschet diente diese Haltung auch als Mittel, Distanz zur Kanzlerin herzustellen bzw. zu wahren. Die Zeit der Pandemie war für beide Ministerpräsidenten eine Gratwanderung zwischen strikteren Law-and-Order-Positionen und eher opportunistischen Eigenverantwortungs- und Freiheitsdiskursen. Klare konsistente Linien waren schwer zu halten, da unmittelbare Entscheidungen zu treffen und in vielen Fragestellungen auch unmittelbare Folgen zu beobachten waren. Die Entscheidung um die Kanzlerkandidatur zwischen dem CDU- und dem CSU-Chef wurde schließlich zu einem bemerkenswerten Politikrimi, in dem sich Laschet

durchsetzen konnte, um zum Schluss den Kampf ums Kanzleramt zu verlieren. Söder setzt seitdem voll auf eine zweite Chance bei der nächsten Bundestagswahl 2025. Eine zentrale Voraussetzung dafür wird die bayerische Landtagswahl 2023 sein. Söder war zu keinem Zeitpunkt daran interessiert, einen Bundeskanzler Laschet zu erleben. Folglich fuhr er – etwas behutsamer zweifellos – fort, Laschets Autorität zu untergraben. Insbesondere das Bild des entschlossenen Krisenmanagers, das Laschets Kampagne prägen sollte, wurde in der fortwährenden und auch vor dem Hintergrund der Pandemie geführten Auseinandersetzung beschädigt. Endgültig zerstört wurde Laschets Kampagne durch seine Lacher vor TV-Kameras beim Besuch im Gebiet der Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021. Das Image als Macher und Lenker in Krisenzeiten war danach nicht mehr haltbar.

Der Pyrrhussieg des Armin Laschet im Kampf um die Kanzlerkandidatur mit der anschließenden Niederlage bei der Bundestagswahl könnte für Hendrik Wüst einen Vorteil bedeuten. Aufgrund dieses Vorlaufs könnte es ihm, neben anderen Faktoren, leichter gefallen sein, aus dem Schatten des Vorgängers herauszutreten, eigene Bekanntheit und auch höhere Zustimmung zu generieren, als dies unter anderen Umständen möglich gewesen wäre. Die überraschend schnelle Verbesserung der Persönlichkeitswerte in den vergangenen Wochen spricht jedenfalls dafür.

AMPEL FÜR NRW?

Nach der Bundestagswahl und der Bildung der ersten Ampelkoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP verfügt die neue Bundesregierung nicht annähernd über eine Mehrheit im Bundesrat. Lediglich die vier Stimmen der Ampelkoalition aus Rheinland-Pfalz und die drei Stimmen der rot-grünen Koalition aus Hamburg stehen – formal betrachtet – der Bundesregierung zur Seite. Keine Regierungskonstellation in Nordrhein-Westfalen kann zu substantziellen Änderungen an den Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat führen. Es gibt jedoch eine ganze Reihe von Ländern, die im Bundesrat als «neutrale Länder» betrachtet werden und die sich bei Abstimmungen häufig enthalten werden. Dies sind diejenigen Länder, in denen die CDU mit einer Partei oder mehreren Parteien der Ampelkoalition im Bund koalitiert. Tatsächlich sind dies alle Länder, in denen die CDU regiert – auch Nordrhein-Westfalen mit seiner schwarz-gelben Koalition. Nur Bayern, wo die CSU die Regierung mit den Freien Wäh-

lern stellt, kann im Bundesrat als echtes Oppositionsland gelten. Dadurch erhalten die sechs nordrhein-westfälischen Bundesratsstimmen eine erheblich größere Bedeutung. Die Ampelparteien, insbesondere natürlich SPD und Grüne, müssen also auch mit Blick auf den Bundesrat und die Bundespolitik ein gesteigertes Interesse daran haben, entweder zu einer Ampelkoalition oder, falls das Wahlergebnis dies hergibt, zu einer rot-grünen Koalition in NRW zu kommen. Die besondere Aufmerksamkeit, die die CDU in Nordrhein-Westfalen ihrem Koalitionspartner FDP zukommen lässt, zeigt wohl an, dass diese Lage auch seitens der Union verstanden wurde. Das Wahlergebnis wird mit Sicherheit die Bildung einer Ampelkoalition zulassen und könnte zugleich die Fortführung der bisherigen Koalition möglich machen. Selbst wenn die CDU stärkste Partei werden sollte, könnte der entsprechende bundespolitische Druck aus diesen Gründen zur Bildung einer Ampelkoalition unter Führung der SPD führen. Alles hinge dann vom Verhalten der FDP ab.

DIE LINKE

Nordrhein-Westfalen war gemeinsam mit Bayern eines der Zentren der Wahlalternative bzw. WASG, die schließlich gemeinsam mit der PDS in der Partei DIE LINKE aufgingen. Die Landtagswahl 2005 spielte dabei eine entscheidende Rolle, weil hier sowohl die Wahlalternative als auch die PDS antraten. Im Ergebnis konnten beide Parteien nicht in den Landtag einziehen, auch wenn die WASG ein deutlich besseres Ergebnis erzielte als die PDS. Die SPD verlor diese wichtige Landtagswahl unter dem Eindruck der Agenda-2010-Reformen und der sozialen Proteste dagegen deutlich, sodass die CDU die Regierung des Landes übernehmen konnte. Unmittelbare Folge der Landtagswahl 2005 war auch die Ankündigung vorgezogener Neuwahlen zum Deutschen Bundestag durch die amtierende rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Zu dieser Bundestagswahl traten PDS und WASG gemeinsam an und erreichten den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag deutlich gestärkt und als Fraktion. 2010 gelang der LINKEN mit 5,6 Prozent erstmals (und bisher einmalig) der Einzug in den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die Folge der Wahl 2010 war die Bildung einer Minderheitsregierung unter Hannelore Kraft, die jedoch nur bis 2012 Bestand hatte, weil der Haushaltsplan der Landesregierung im Landtag abgelehnt wurde und Neuwahlen erforderlich wurden. Die Landtagswahl 2012 erbrachte eine deutliche Schlappe für die LINKE, mit 2,5 Prozent fiel sie noch hinter die addierten Ergeb-

nisse von WASG und PDS des Jahres 2005 zurück. 2017 war dann erneut eine deutliche Verbesserung des Wahlergebnisses zu beobachten. Zwar verpasste die LINKE den Landtagseinzug mit 4,9 Prozent sehr knapp, doch waren die Verluste des Jahres 2012 beinahe wieder ausgeglichen.

Die Wahlniederlage der LINKEN im Jahr 2012 ist besonders beachtenswert, denn die Minderheitsregierung aus SPD und Grünen hatte ihre wesentliche (Über-)Lebensversicherung in der Tolerierung durch die LINKE in zentralen Punkten. Die Ablehnung eines Einzelplans als Teil des durch die Landesregierung vorgelegten Haushaltsplans, die im Ergebnis als Ablehnung und damit Scheitern des Gesamthaushalts betrachtet wurde, war der Anlass für die Auflösung des Landtags und die vorgezogene Neuwahl. Diese Ablehnung erfolgte auch mit allen Stimmen der LINKEN im Landtag, die durch dieses Abstimmungsverhalten die Neuwahl faktisch erzwang. Das sehr schlechte Ergebnis der LINKEN bei der Neuwahl 2012 kann zumindest zu Teilen als Quittung für dieses Verhalten gewertet werden. Nicht verschwiegen werden darf hier allerdings, dass die Neuwahl des Landtags 2012 in die – eher kurze Phase – des Höhenflugs der Piratenpartei fiel. In den Jahren 2011 bis 2013 zog die Piratenpartei in einige deutsche Landtage ein und lag in Umfragen im Jahr 2012 kurzfristig bundesweit bei zehn Prozent. In ebendiesem Zeitraum fiel die Neuwahl des Landtags in NRW im Jahr 2012, bei der die Piratenpartei 7,8 Prozent erzielte.

Die Strömungs- und Richtungskämpfe innerhalb der LINKEN wurden im nordrhein-westfälischen Landesverband mit besonderer Härte ausgetragen und haben tiefe Spuren hinterlassen. Die politische Landschaft innerhalb des Landesverbands ist ausgesprochen vielfältig, alle Strömungen und Tendenzen sind hier vertreten. Prägend in den vergangenen Jahren war jedoch die Auseinandersetzung zwischen den Strömungen der Sozialistischen Linken (SL) und der Antikapitalistischen Linken (AKL). Spätestens 2018 wurden die inneren Auseinandersetzungen durch die Gründung von «Aufstehen» überformt und zugespitzt. Bei «Aufstehen» handelte es sich um eine neue politische Formation, die als «Sammlungsbewegung» Menschen über Parteigrenzen hinweg und auch parteiungebundene Engagierte zusammenbringen sollte. Maßgeblich wurde dieses politische Experiment von Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine vorangetrieben. In den Jahren 2018 und 2019 sorgte die damit verbundene politische Strategie vor allem in der LINKEN für einige Aufregung und heftige Auseinandersetzungen. Sahra Wagenknecht kandidiert seit 2009

in Nordrhein-Westfalen, zuletzt im Wahlkreis Düsseldorf, und ist Mitglied des Landesverbands Nordrhein-Westfalen. 2021 wurde sie – mit knapper Mehrheit und nach sehr kontroverser Diskussion – erneut als Spitzenkandidatin des Landesverbands zur Bundestagswahl aufgestellt. Die Konflikte im Landesverband setzen sich in vielen Kreis- und Stadtverbänden fort. Bislang ist es noch keiner Führung des Landesverbands gelungen, aus dem Schatten dieser inneren Spannungen herauszutreten. So vermittelt der Landesverband oft den Eindruck großer innerer Zerrissenheit und macht es neu hinzukommenden Mitglieder häufig schwer, sich aktiv einzubringen. Zwar gelingt es dem Verband, insbesondere in Wahlkämpfen, immer wieder, zu gemeinsamer Kampagnenarbeit zu finden, auch gibt es im Land viele erfolgreich und konstruktiv arbeitende kommunale Fraktion und Gruppen, doch der andauernde Konflikt bleibt ein schweres Hemmnis für gute Wahlergebnisse und eine produktive Parteientwicklung.

Auch wenn das Landtagswahlergebnis des Jahres 2012 ein Ausreißer nach unten war, für den es eine Reihe von Ursachen gibt, die Ergebnisse der Jahre 2010 und 2017 also eher das tatsächliche Potenzial für die LINKE anzeigen, wird auch die Landtagswahl 2022 für die LINKE in Nordrhein-Westfalen kein leichter Wahlgang. Der bundespolitische Trend so kurz nach der Bundestagswahl ist nicht günstig und soziale Themen wie etwa das Thema Mieten und Wohnen stehen nicht an der Spitze der politischen Agenda. Der Eindruck einer gewissen Befriedung des Landesverbands, engagiertes Spitzenpersonal, inhaltliche Ausrichtung und auch vorliegende Umfragen zeigen jedoch an, dass das Vorhaben, 2022 in den Landtag zurückzukehren, bei allen Schwierigkeiten nicht vollkommen ausgeschlossen ist. Zudem bietet sich die Partei zu dieser Landtagswahl als konstruktive politische Kraft an und schließt auch die Mitwirkung an einer neuen Landesregierung nicht mehr kategorisch aus.

QUELLEN

DEMOSKOPIE

Prognosen zur Landtagswahl:

www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm

Wahlentscheidende Themen 2017:

www.tagesschau.de/wahl/archiv/2017-05-14-LT-DE-NW/umfrage-wahlentscheidend.shtml

Wahlentscheidende Themen 2022:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/691608/umfrage/aktuelle-probleme-in-nordrhein-westfalen/>

PROGRAMME/KAMPAGNEN

CDU: www.cdu-nrw.de/erfolgreich-fuer-nrw

SPD: www.nrwspd.de/wahlprogramm/

Bündnis 90/Die Grünen: https://gruene-nrw.de/dateien/ltw22_Wahlprogramm_gruenenrw.pdf

FDP: www.fdp.nrw/sites/default/files/2022-02/BeschlussfassungLandtagswahlprogramm.pdf

DIE LINKE: www.dielinke-nrw.de/wahlen/landtagswahlprogramm-2022/

AfD: www.afd.de/wahlprogramm/

(Die AfD NRW verweist weiterhin auch zur Landtagswahl in NRW auf ihr Bundestagswahlprogramm)

(Stand 1. März 2022)

ZUM AUTOR

Andreas Thomsen ist Soziologe. Bis September 2021 leitete er das Europabüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel. Seitdem ist er als stellvertretender Leiter des Bereichs Bundesweite Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin tätig.

WWW.ROSALUX.DE

